Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile (unterm Strich) (eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Dienstag oder nach Festtagen 20 Pfg. (für Familiennachrichten ꝛc.), bes. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Familien- Handwerker- Strohhut- **Nähmaschinen** empfiehlt **H. Grossmann,** Nähmaschinen-Fabrik
Verkauf in der Fabrik: Dresden, Chemnitzerstrasse 26, Sirlesnerstrasse 18, Waisenhausstrasse 5 und Löbtau, Bismarckstrasse 2.

Hugo Borack
Hoflieferant
Seestrasse No. 4.
Ball-Strümpfe, -Kragen, Shawls, Handschuhe
Herbst-Wollwaren, Unterzeuge.

Dr. Kadner's Sanatorium
Niederlössnitz bei Dresden.
Diätkuren.
Comfortables Haus. Elektrisches Licht.

Vorzüglich und Gummischläuche mit Mangel:
Telephon I 3847. E. Böhme's rother Gartenschlauch.
E. Böhme, Blasewitz, Meißnerstr. 4.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34
Neuheiten elegant garnierter Damenhüte in jeder Preislage. Regelmässige persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin und Paris.
Grosse Auswahl in Trauerhüten.

Regenschirme aparte Neuheiten **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Pragerstrasse 46. Annenstrasse 9.

Nr. 299. Spiegel: Klerikalismus in Frankreich. Hofnachrichten. Bebauungsplan. „Los von Rom". Stadtverordnetensitzung. Ausstellung für Haus u. Herd. „Pelleas und Melisande". | Muthmaßl. Witterung: Niederschläge. | **Sonnabend, 28. Oktober 1899.**

Für die Monate
November und Dezember
werden Bezugsbestellungen auf die „Dresdner Nachrichten" für **Dresden** und die Vororte **Blasewitz, Plauen** und **Löbtau** bei der Haupt-Geschäftsstelle, **Marienstrasse 38,** und allen **Neben-Annahmestellen** zum Preise von
1 Mk. 70 Pfg.,
für **auswärts** bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu **1 Mk. 84 Pfg.,** in Oesterreich-Ungarn zu **1 Gulden 69 Kreuzern** angenommen.

Antiklerikale Bewegung in Frankreich.

Während die Mitglieder des französischen Parlaments in den Ferien weilen, hat die Budgetkommission eine Reihe von antiklerikalen Beschlüssen gefaßt, die für die Stimmung in republikanischen Kreisen bezeichnend sind. An der Spitze der beschlossenen Kampfmaßregeln gegen Rom steht die Einziehung des Kredits für die Botschaft bei dem Vatikan. Ferner sollen die Gehälter von 35 Bischöfen, sämmtlicher Generalvikare und etwa 7000 Pfarrern, deren Stellen im Konkordat nicht vorgesehen sind, eingezogen und die dadurch ersparten 3 Millionen (insgesammt beträgt das Kultusbudget 50 Millionen) Francs zur Erhöhung der Lehrergehälter verwendet werden. Von einer solchen „Temporaliensperre", durch die den aufsässigen Priestern der Brotkorb höher gehängt wird, verspricht man sich im republikanischen Lager noch mehr Wirksamkeit als von bloßen strafrechtlichen Verfolgungen, die den herrschsüchtigen Priestern ihre weltlichen Einkünfte ungeschmälert belassen. Endlich ist auch von sozialistischer Seite dem Ministerpräsidenten die Mittheilung zugegangen, daß er nach dem Wiederzusammentritt der Kammer über die Maßregeln befragt werden soll, die er angesichts der in letzter Zeit in französischen Ordenshäusern begangenen Sittlichkeitsverbrechen zu treffen gedenke.

Das Vorgehen der Budgetkommission ist die Antwort auf das Hervortreten der klerikalen Partei bei den Machinationen, die durch die Untersuchung im Komplottsprozeß aufgedeckt worden sind. Die republikanischen Kreise sind durch die Dreistigkeit, mit der die Priesterschaft die Wühlarbeit gegen die Republik betrieben hat, in helle Entrüstung gerathen, sodaß die Regierung sich von allen Seiten zu einem antiklerikalen Feldzuge gedrängt sieht. Was die Budgetkommission beschlossen hat, stellt nur ein theilweises Zugeständniß an die weitergehenden Forderungen der öffentlichen Meinung dar. Man verlangt scharfes Vorgehen gegen alle Klöster und Kongregationen, insbesondere die vollständige Schließung der schwer bloßgestellten Jesuiten-Anstalten und Kündigung des Konkordats. Einen bemerkenswerthen Ausdruck findet die herrschende Stimmung u. A. in einer auch in der Pariser Tagespresse vertretenen Richtung, die direkt erklärt, Frankreich müsse protestantisch werden, um zu leben; an dem gegenwärtigen Verfalle der romanischen Völker sei einzig und allein ihr Katholizismus schuld, während der Protestantismus belebend und befruchtend wirke. Dieser Bewegung haben sich insbesondere viele übergetretene ehemalige katholische Priester angeschlossen.

Vorerst hegen die französischen Klerikalen noch die Hoffnung, daß die Suppe nicht so heiß gegessen werde wie sie gekocht ist. Sie weisen darauf hin, daß der Beschluß der Aufhebung der Botschaft beim Vatikan bei nur unvollständig besetzter Kommission zu Stande gekommen sei, und erwarten deshalb, daß die Regierung wenigstens in diesem Punkte die Stellungnahme der Kommission bekämpfen werde. Bei der Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinets dürfte aber die klerikale Rechnung doch wohl auf recht schwachen Füßen stehen. Man muß bedenken, daß Herr Waldeck-Rousseau ein Schüler Gambetta's ist und dessen Losung: „Der Klerikalismus ist der Feind!" ebenfalls zur Richtschnur seiner innerpolitischen Anschauungsweise gemacht hat. Persönlich also ist dem Ministerpräsidenten ein energischer Zugriff gegen die römische Priesterherrschaft auf jeden Fall sympathisch. Höchstens bestände die Möglichkeit, daß Herr Waldeck-Rousseau aus Gründen der Opportunität zur Zeit einen kirchenpolitischen Konflikt nicht für wünschenswerth erachtete: dann müßte die Kabinetsfrage gestellt werden. Nun sitzen aber in der Regierung zwei Sozialisten, die Herren Millerand und Baudin, die keinesfalls dazu zu bringen sein werden, um des Papstes willen die Existenz des Kabinets in Frage zu stellen. Demnach könnte nur ein allgemeiner Wirrwarr die Folge sein, wenn Herr Waldeck-Rousseau sich mit den Beschlüssen der Budgetkommission in offenen Widerspruch setzte, und dafür wird er angesichts der gesammten inneren und auswärtigen Lage, sowie im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Eröffnung der Weltausstellung doch wohl kaum die Verantwortung übernehmen wollen. Dazu kommt, daß dem Ministerium fortgesetzt Kundgebungen zugehen, die es zum Ausharren bei der bisher befolgten antiklerikalen Politik ermuthigen. Von den 86 Generalräthen (Selbstverwaltungskörperschaften) des Landes haben 70 ihre bedingungslose Zustimmung zu den von der Budgetkommission beschlossenen Maßregeln ausgesprochen; Petitionen zu Gunsten einer energischen antiklerikalen Politik gehen von allen Ecken und Enden ein und alle Zeichen deuten auf Sturm mit solcher Entschiedenheit, daß in Rom dem Vernehmen nach über diese Wendung große Bestürzung herrscht.

Die völlige Aufhebung des Konkordats, die gleichbedeutend mit der Einziehung des gesammten Kultusbudgets wäre, dürfte zunächst allerdings wohl nicht ernstlich in Frage kommen; dazu scheinen die Dinge doch noch nicht weit genug gediehen zu sein. Hingegen muß mit der Beseitigung der französischen Botschaft beim Vatikan bei der augenblicklichen Lage der Dinge als mit einer praktischen Möglichkeit gerechnet werden. Der Gedanke einer anderweitigen Regelung der Vertretung Frankreichs beim Vatikan stammt nicht erst von heute oder gestern. Vielmehr trägt sich die Regierung der Republik schon seit längerer Zeit mit der Absicht, die weltliche Botschaft abzuschaffen und an deren Stelle die geistliche Vertretung durch einen Kardinal-Gesandten (Kardinal-Legaten, Kardinal a latere) einzuführen. In einer römischen Zuschrift an die „Schles. Ztg." wird die umwälzende Bedeutung dieser Aenderung beleuchtet. Der Kardinal-Legat würde ohne Weiteres dem Kardinals-Kollegium angehören, d. h. der Gesammtheit der in Rom selbst anwesenden Kardinäle, die den obersten Staats- und Kirchenrath des Papstes bilden und einen vielfach selbstständigen Einfluß auf die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten ausüben. Ein solcher Kardinal-Legat, der zugleich „Kardinal der Kurie", d. h. Mitglied der päpstlichen Regierung ist, müßte sich selbstverständlich in vielen Fällen als weit geeigneter erweisen, religiöse und kirchliche Fragen zu erörtern als ein Laie. Als Mitglied der päpstlichen Regierung wäre er zudem im Stande, rechtzeitig dahin zu wirken, daß bei allen Entscheidungen der Kurie bezüglich der Kirche und des Klerus eines Landes den nationalen Wünschen und Bedürfnissen vollauf Rechnung getragen würde.

Es ist selbstverständlich, daß die französische Regierung als Kardinal-Legaten nur eine ihr völlig vertrauenswürdig erscheinende Persönlichkeit entsenden würde. Trotzdem wäre der Vatikan genöthigt, in den sauren Apfel zu beißen und einen französischen Kardinal-Legaten als Kardinal der Kurie bei sich aufzunehmen, weil sonst der Faden der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ganz zerreißen würde. Damit wäre eine vollständige Revolution im vatikanischen Hof- und Regierungsleben verbunden. Da nämlich der französische Kardinal-Legat als Kardinal der Kurie zugleich ein höchst einflußreicher Minister wäre, so würden sofort auch alle übrigen Staaten, die beim Vatikan diplomatisch vertreten sind, nichts Eiligeres zu thun haben als ihre bisherigen Laien-Botschafter ähnlich wie Frankreich in Kardinal-Gesandte mit einem Sitz in der Kurie umzuwandeln. Das aber würde für den Vatikan eine starke Einbuße an weltlich-höfischem Pompe und für die italienischen Kardinäle so ziemlich das Ende ihrer Vorherrschaft im katholischen Kirchenregiment bedeuten. Bringt es Frankreich in der That über kurz oder lang zu einem Kardinal a latere am päpstlichen Hofe, so werden nicht blos die schon jetzt diplomatisch vertretenen Mächte das Gleiche thun; es werden sogar die Katholiken der nicht vertretenen Länder die natürliche und stetig wachsende Neigung bekunden, ihre Interessen desgleichen durch einen Kardinal-Legaten in der Kurie wahrnehmen zu lassen, so daß den Italienern zum Schlusse wie allen anderen Staaten wohl kaum mehr als ein einziger Sitz in dem Kirchenregiment übrig bleiben dürfte.

Hiernach ist es begreiflich, daß die Herren Rampolla und Genossen im Vatikan sich in ihrem ultramontanen Gemüthe angesichts der Vorgänge in Frankreich einigermaßen bedrückt fühlen und Himmel und Hölle in Bewegung zu setzen suchen, um eine Bewegung aufzuhalten, die eine so zwingende logische Konsequenz für sich hat, daß selbst das siegessichere übermüthige Priesterthum im Vatikan sich eines ahnungsvollen Vorgefühls nicht zu erwehren vermag. Zu verwundern ist nur, daß trotzdem die vatikanischen Drahtzieher sich noch immer in hetzerischen, konfessionellen Kundgebungen gefallen von der Art derjenigen, die im Vorjahre dazu führten, daß im preußischen Abgeordnetenhaus von nationalliberaler Seite die Anregung ausging, es möge als Vergeltungsmaßregel die preußische Gesandtschaft beim Vatikan eingezogen werden. Das ganze Verhalten des Vatikans, das heute mehr als je unter der schrankenlosen Herrschaft des Jesuitismus steht, gemahnt lebhaft an das Sprichwort: „Wen Gott verderben will, den verblendet er".

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 27. Oktober.

Berlin. Dem Bundesrath ist eine Vorlage betr. die Einführung des Post-Check-Verkehrs zugegangen. Nach der beigefügten Denkschrift ist die Einrichtung des Verfahrens folgendermaßen gedacht: An neun Orten, in Berlin, Breslau, Köln a. Rh., Danzig, Frankfurt a. M., Magdeburg, Hannover, Karlsruhe und Leipzig, wird je ein Post-Check-Amt eingerichtet, bei dem Jedermann auf seinen Antrag gegen Einzahlung einer unverzinslichen Stammeinlage von 100 Mk. ein Check-Konto eröffnet wird. Der Inhaber eines Check-Kontos soll die Möglichkeit erhalten, daß alle bei den Postanstalten für ihn gemachten Einzahlungen bei dem Post-Check-Amt durch Gutschrift auf seinem Konto zu einem Guthaben angesammelt werden, über das er mittelst Checks jederzeit in beliebigen Theilbeträgen verfügen kann. Zahlungen bis 10,000 Mark können für den Konto-Inhaber bei sämmtlichen Postanstalten sowohl von dem Konto-Inhaber selbst als auch von jedem Dritten mittelst besonderer, von den Postämtern zu beziehenden Zahlkarten, auf denen die Nummer des Kontos und der Name des Inhabers des Kontos aufgedruckt ist, bewirkt werden. Die Beträge werden dem Konto-Inhaber auf seinem Konto, dessen Höhe nicht beschränkt ist, gutgeschrieben. Von jeder Buchung erhält der Konto-Inhaber seitens des Post-Check-Amtes durch Mittheilung eines Kontoauszugs sofort Nachricht. Auf seinen Antrag können dem Konto-Inhaber auch die Beträge der für ihn bei der Postanstalt seines Wohnorts eingehenden Postanweisungen von dem Post-Check-Amt gutgeschrieben werden. Soweit das Guthaben 100 Mk. übersteigt, kann es zu jeder Zeit ganz oder theilweise mittels Checks bis 10,000 Mk. abgehoben werden. Das Guthaben der Konto-Inhaber, jedoch ausschließlich der Stammeinlage, soll mit 1,2 Prozent jährlich verzinst werden. Von der Vorlegung eines Entwurfs für ein die Einführung des Post-Check-Verkehrs regelndes Gesetz muß zur Zeit abgesehen werden, weil es sich bei der ganzen Einrichtung zunächst um einen Versuch handelt, bei dem der Verwaltung für die ersten Jahre eine möglichst weite Bewegungsfreiheit gewährt werden muß. Zur Regelung des Check-Verkehrs wird eine Post-Check-Ordnung erlassen. An Gebühren sollen erhoben werden: 1. Eine Grundgebühr für jede auf dem Check-Konto beim Check-Amt bewirkte Gutschrift einer Einzahlung oder Abschreibung einer Rückzahlung, und zwar für Buchungen bis 5 Mk.: 5 Pfg., über 5 Mk.: 10 Pfg.; 2. eine Rückzahlgebühr für jede vom Check-Konto abgeschriebene Rückzahlung, die nicht mittelst Gutschrift auf ein anderes Post-Check-Konto erfolgt oder mittelst Postanweisung übersandt wird und zwar für Buchungen bis 3000 Mk. ¼ pro Mille, über 3000 Mk. ¼ pro Mille von 3000 Mk. und ⅛ pro Mille von dem Mehrbetrag; 3. eine Abhebungsgebühr von 10 Pfg. für jede Abhebung von einem auf Grund der Post-Check-Ordnung abgezweigten Guthaben bei einem Postamt; 4. eine Portogebühr von 5 Pfg., sofern die Rückseite des Abschnitts der Zahlkarte vom Absender zu Mittheilungen benutzt wird; 5. für Lieferung der im Check-Verkehr erforderlichen Formulare und zwar für eine Zahlkarte 1,5 Pfg., für einen Check 3 Pfg., für einen Briefumschlag zur Einsendung von Checks an das Check-Amt 1,5 Pfg.

Berlin. Gegenüber den Gerüchten über eine Zusammenkunft der drei Kaiser in Spala wird konstatirt, daß dem Deutschen Kaiser bisher keine Einladung zur Theilnahme an den diesjährigen Hofjagden zu Spala zugegangen ist. — Der Kaiser hat genehmigt, daß die neue Stadtanlage im Kiautschou-Gebiete fortan den Namen Tsingtau führe. — Der Kaiser verlieh der Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg und der Prinzessin Ludwig von Battenberg, Prinzessin von Hessen die rothe Kreuz-Medaille erster Klasse und der Prinzessin Mathilde von Württemberg die rothe Kreuz-Medaille zweiter Klasse. — Bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten, Thielen, fand gestern Abend eine längere Besprechung über die im nächsten Landtage wieder vorzunehmende Kanalvorlage statt. An der Konferenz nahmen die Minister von Miquel, von Hammerstein und Brefeld Theil. — Die „Kreuz-Ztg." antwortet auf die Frage der nationalliberalen Korrespondenz, was die Rechte mit der Vorlage zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu machen gedenke: „Daß die Konservativen die beste Absicht haben, das Ihre zu thun, um zu einem positiven Ergebniß zu gelangen, braucht nicht erst noch einmal hervorgehoben zu werden. Vom Centrum und den Nationalliberalen aber wird es abhängen, ob ein solches Ergebniß erreichbar sein wird." Die „Kreuz-Ztg." bemerkt ferner, daß nicht die Haltung der konservativen Fraktion bei der zweiten Lesung des Entwurfs das Räthsel darstelle, auf dessen Lösung man mit Spannung warte, sondern die endgiltige Stellungnahme der, wie es scheine, noch völlig rathlosen Nationalliberalen. — Der Geh. Oberregierungs- und vortragende Rath im preußischen Staatsministerium von Kügelgen, ein Enkel des bekannten Dresdner Heimalers, ist in Rudolstadt gestorben. Der „Reichs-Anz." widmet ihm einen Nachruf, in dem es heißt: „Der Verstorbene war ein tüchtiger, mit scharfem Verstande und reichen Kenntnissen ausgerüsteter, seinem Dienste treu ergebener Beamter, ausgezeichnet zugleich durch strenge Gewissenhaftigkeit, warmen Patriotismus und tiefe Religiosität. Sein Andenken als Beamter wie als Mensch wird gesegnet und durch die Werke seiner Nächstenliebe in weiten Kreisen erhalten bleiben." — Officiös wird der Behauptung entgegen getreten, daß die Anklage und Verurtheilung des Herausgebers der „Agrar-Korr.", Edmund Klapper, wegen Majestätsbeleidigung auf Grund Gesammt-Tendenz des incriminirten Artikels erfolgt sei. Der Artikel, wie er objektiv vorliege, enthalte zweifellos eine Majestätsbeleidigung. — Für die ersten Monate des Jahres 1900 wird die Prägung von 2 Millionen Mk. in 10-Pfennigstücken eingeleitet, und weitere Prägungen zum Ersatz für die inzwischen einzuziehenden silbernen Zwanzigpfennigstücke werden folgen. — Von den zwanzig in das Militärlazareth aufgenommenen, bei dem Eisenbahnunfall in Hamburg verunglückten Rekruten sind bereits 16 aus der ärztlichen Behandlung entlassen worden. Die Entlassung der übrigen vier ist binnen kurzer Zeit zu erwarten. Auch das Befinden der im allgemeinen Krankenhaus untergebrachten elf Verletzten hat sich so günstig gestaltet, daß sie in den nächsten Tagen in das Militärlazareth überführt werden können.

Baden-Baden. Der Großherzog von Oldenburg ist zum Besuche des Großherzoglichen Hofes heute Nachmittag hier eingetroffen und vom Großherzog auf dem Bahnhof begrüßt worden.

Neisse. Auf der Bahnstrecke Kandzin-Rasselwitz wurden unweit der Station Oberglogau drei Streckenarbeiter von einem Personenzug überfahren und getödtet.

Wien. Abgeordnetenhaus (Fortsetzung). Abgeordneter Pacak führt fort, der Ausgleich müsse zwischen allen Völkern des Reiches erfolgen. An den Händen der Regierung klebe Blut; die jüngste Verordnung des Justizministers bedeute eine Korrumpirung des Richterstandes. Einer Regierung, welche ein ganzes Volk in die Opposition gejagt, könne seine Partei kein Vertrauen entgegenbringen. Ein neues Ministerium müsse kommen. „Entweder Gerechtigkeit gegen alle Nationen," schließt Redner, „dann wird Friede sein, oder die Ungerechtigkeit wird fortgesetzt, dann bedeutet das Kampf!" (Beifall und Händeklatschen bei den Jungczechen.) Nachdem Abgeordneter Wachnianyn (Ruthene) erklärt hat, seine Partei halte an dem Programm der Rechten, das heißt an der Gleichberechtigung aller Volksstämme, fest, wird ein Antrag Kathrein's auf Schluß der Debatte angenommen. Das Haus geht zur Verhandlung des Antrags betr. Aufhebung des § 14 über.

Prag. In Hronow, Chotzen, Oberjelenl, Buschtiehrad und Hohen-Mauth haben in den letzten Tagen Ansammlungen und

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Wäsche und Haushalt